

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19

Beschlussbuch

Landesdelegiertenkonferenz der
QueerSozialis (Schwusos) Berlin vom
27. Februar 2016

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Beschlussbuch der Landesdelegiertenkonferenz der QueerSozis (Schwusos) Berlin vom 27. Februar 2016

Inhaltsverzeichnis	Seite
<u>A: Wahlprogramm / Koalitionsvertrag</u>	
<u>A 1</u> - Änderungsanträge zum Wahlprogramm AGH Wahl 2015	3
<u>A 2</u> – Keine Koalition ohne die Öffnung der Ehe	7
<u>B: Trans*Inter</u>	
<u>B 1</u> - Schaffung einer Beratungsstelle Trans*Inter in der Berliner Senatsverwaltung	8
<u>C: Neuer Name Arbeitsgemeinschaft / Würdigung der historischen Arbeit der Schwusos</u>	
C 1 – Neuer Name unserer Arbeitsgemeinschaft: Resolution und Änderungsantrag	9
C 1.1 – Ursprungsantrag der Schwusos Mecklenburg-Vorpommern auf den sich der Antrag C1 bezieht.	13
C 2 - Würdigung der historischen Arbeit der Schwusos	15
<u>D: Stadt/Kultur</u>	
D1 – Ampelpärchen	16
D2 – Queere Archive und Museen	17
<u>E: Bundespolitik</u>	
E 1 – „Keine Ausweitung von sicheren „Herkunftsstaaten““	18

1 **A: Wahlprogramm / Koalitionsvertrag**

2

3 **Antrag: A1**

4 **Änderungsanträge zum ersten Entwurf des Wahlprogramms**

5 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

6

7 **Ä1: Seite 20 Zeile 5 nach „Ältere und Langzeitarbeitslose“ einfügen:**

8 Trans* und Intermenschen

9 **Ä2: Seite 21 nach Zeile 11 einfügen:**

10 Der SPD geführte Senat von Berlin soll die Aktivitäten und bereits getroffenen
 11 Regelungen zur Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG),
 12 insbesondere unter Berücksichtigung der LGBTI Themen, gemeinsam mit den
 13 Gewerkschaften unter Einbindung der Berliner Unternehmen erstellen und einen
 14 Aktionsplan zur weiteren Umsetzung anstoßen.

15 **Ä3: Seite 34 in Zeile 16 einfügen nach... einschließlich Genossenschaften.“**

16 Hierzu gehören auch neue Wohnformen beispielsweise für queere Berliner*innen jeden
 17 Alters.

18 **Ä4: Seite 58 Ersetzung der Zeilen 1 – 3 durch folgenden Text:**

19 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die City Tax vom ersten Euro an für Projekte in Kultur,
 20 Sport und Tourismusförderung verwendet wird. Einrichtungen, die sich in diesem
 21 Bereich besonders für Frauen-, Migrations- inklusive und queere Projekte engagieren,
 22 die nicht in der Regelfinanzierung sind, werden gezielt berücksichtigt.

23

24 **Ä5: Seite 64 einfügen nach Zeile 30 nach ... Unterstützung erhalten.“**

25 Weiter muss das LaGeSo, Träger der Flüchtlingsunterkünfte sowie Organisation der
 26 humanitären Hilfe dahin geschult, weitergebildet und sensibilisiert werden, dass sich
 27 die Geflüchteten mit besonderer Schutzbedürftigkeit an sie wenden können und
 28 dadurch unmittelbar Kontakt zu speziellen Beratungsstellen aufbauen können.

29

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29

Ä6: Seite 65 Zeile 1 folgende Ergänzung wird eingefügt nach gesonderte Unterkünfte“:

... (dezentrale Wohnungen und Wohngemeinschaften und keine Sammelunterkünfte)

Ä7: Seite 67 Zeile 20 einfügen nach .. Antisemitismus“

Homo- und Transphobie

Ä8: Seite 72 einfügen in Zeile 2 nach „Justizvollzug fördern.“

Aufgrund von erfahrener Diskriminierung in den unterschiedlichen Formen haben queere Menschen einen höheren Bedarf an Sicherheit. Deshalb fordern wir den Ausbau der LGBTI-Stellen der Berliner Staatsanwaltschaft.

Ä9: Seite 76 einfügen nach Zeile 15 neue Spiegelstriche

- das Land Berlin im Bundesrat sich dafür einsetzen wird, dass die Diskriminierung von homosexuellen Männern in beiden deutschen Staaten aufgearbeitet wird. Zudem wird das Land Berlin sich dafür einsetzen, dass es eine Aufhebung der Strafurteile gegen schwule Männer § 175 (West) und § 151 (Ost) geben wird und die Gedenkarbeit unterstützt wird sowie die Opfer entschädigt werden.
- mit den Gewerkschaften eine Arbeitsgruppe zum Abbau von möglichen Diskriminierungen (insbesondere prekäre Beschäftigungen) in Tarifverträgen eingerichtet wird.
- Die Stärkung der Kultur von Wertschätzung für die Beschäftigten
- indem die Kultur von Wertschätzung für die Beschäftigten der Berliner Verwaltung sowie der Berliner Unternehmen mit breit angelegten Informations- und Weiterbildungsangeboten gestärkt wird. Wir fordern, dass deshalb entsprechende Betriebs- und Dienstvereinbarungen mit den Betriebs- und Personalräten, Frauen- und Schwerbehindertenvertretungen und Gleichstellungsbeauftragten formuliert werden.

1 **Ä10: Seite 77 Ersetzung der Zeilen 4 – 15 durch Neufassung:**

2 **Initiative Sexuelle Vielfalt**

3 Die „Initiative Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher
4 Vielfalt“ (ISV) ist seit 2010 fester Bestandteil sozialdemokratischer Bildungspolitik in
5 Berlin. Ihr Ziel ist es, Homo- und Transphobie zu bekämpfen: in der Schule, bei
6 Behörden, Verbänden sowie der Zivilbevölkerung.

7 Die SPD Berlin fordert die Fortsetzung und Intensivierung der bisherigen
8 Anstrengungen sowie einer fortlaufenden Evaluierung, um Erfordernisse festzustellen
9 und eine Weiterentwicklung voranzutreiben. In den kommenden Jahren liegt der
10 Schwerpunkt auf den Bereichen Bildung und Anti-Diskriminierungsarbeit. Gerade
11 Mehrfachdiskriminierung und die besondere Situation von Trans*personen müssen
12 stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Innerhalb und außerhalb der ISV müssen
13 erfolgreiche queere Projekte gesichert und ausgebaut werden, was auch eine Tarif-
14 gebundene Bezahlung der Mitarbeitenden einschließt.

15 Die SPD Berlin regt eine Bündelung der unterschiedlichen Kompetenzen zum Thema
16 Queer im Berliner Senat an. Hierbei sollen die einzelnen Fachreferate in den einzelnen
17 Senatsverwaltungen erhalten bleiben. Die Federführung sollte jedoch durch eine
18 Stabsstelle, die in der Senatskanzlei angesiedelt ist, übernommen werden. Dieser
19 Schritt wird Berlins Stellung als Regenbogen-Hauptstadt Europas ausbauen.

20

21 **Ä11: Seite 77 nach neuem Abschnitt Initiative Sexuelle Vielfalt neuer Abschnitt**

22 **Trans* und Intergeschlechtliche Menschen**

23 Obwohl die überfälligen großen Reformen für trans* und intergeschlechtliche
24 Menschen bis heute unerfüllte Bringschuld der Bundespolitik sind, wird die SPD Berlin
25 dafür sorgen, dass unser Land in diesem Bereich eine Vorreiterrolle im Bund einnimmt.

26 Der "Initiative Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher
27 Vielfalt" (ISV) fällt die Aufgabe zu, durch Integration von Trans* und
28 Intergeschlechtlichkeit in die Lehrpläne Vorurteile gegen betroffene Mitschüler*innen
29 ab-, und das bestehende Angebot zur Beratung von Betroffenen und deren
30 Angehörigen weiter auszubauen. Gesundheitspersonal, Lehrpersonal sowie
31 Mitarbeiter*innen von Behörden, besonders des Jugendamts und der Polizei, wollen wir
32 für das Thema sensibilisieren.

33 Für uns hat die Sicherstellung des Selbstbestimmungsrechts auf körperliche
34 Unversehrtheit und Selbstbestimmung der sexuellen Identität für Inter* und Trans*
35 einen hohen Stellenwert.

36 Wenn sich trans* bzw. intergeschlechtliche Menschen aus freier Entscheidung eine
37 Geschlechtsangleichung wünschen, darf dies nicht durch das Fehlen von privaten
38 Finanzmitteln gebremst werden. Die gesetzlichen Krankenkassen müssen alle Kosten
39 einer Geschlechtsangleichung tragen.

40

41

1 **Ä12: Seite 81 einfügen in Zeile 19 nach (... alle Generationen bereitzuhalten.)**

2 In den vergangenen Jahren haben sich Angebote der Altenhilfe und Altenpflege mehr
3 in Richtung von mehr Selbstverwirklichung verändert. Dennoch erfahren queere
4 Menschen noch keine individuelle Berücksichtigung.
5 Es müssen Angebote der offenen Altershilfe aber auch die ambulanten und stationären
6 Angebote der Altenpflege ausreichend für die Lebenswelten queerer Menschen
7 sensibilisiert werden.

8

9 **Ä13: Seite 83 einfügen nach Zeile 17 neuer Abschnitt**

10 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die niederschweligen Angebote einer Beratung und
11 Testung auf sexuell übertragbare Krankheiten wie HIV/AIDS, Hepatitis C und Syphilis,
12 etc. eine weitere Verstetigung der Mittel und gegebenenfalls Anpassung an die
13 aktuellen Bedarfe der freien Träger und der staatlichen Behörden, wie den bezirklichen
14 Gesundheitsämtern, erfahren.

15 Die bestehenden Netzwerke zu HIV/AIDS und Hepatitis C über den Austausch und die
16 Verbesserung der Behandlung von erkrankten Menschen sollen durch staatliche
17 Unterstützung gestärkt werden.

18

19 Die Behandlung von Menschen mit diesen Erkrankungen, die in Berlin Asyl beantragt
20 haben, soll verbessert und gestärkt werden. Der Zugang für diese Menschen gerade zu
21 den staatlichen Behörden muss in eine vertrauensvolle Partnerschaft münden.

22

23 **Begründung:**

24 Die Änderungsanträge sind auf Grundlage der Arbeitsergebnisse des AK
25 Wahlprogramms erstellt worden.

26

1 **Antrag: A 2**

2 **Kein Koalitionsvertrag ohne Öffnung der Ehe**

3 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

4 der Bundeskongress der AG Schwusos der SPD möge beschließen:

5 der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

6

7 Wir fordern, dass ein zukünftiger Koalitionsvertrag im Falle einer Regierungsbildung
8 der SPD nicht mehr ohne die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und
9 dadurch auch dem gleichberechtigten Volladoptionsrecht abgeschlossen wird.

10

11 **Begründung:**

12 Die Öffnung der Ehe und das Volladoptionsrecht sind bereits seit langem im Programm
13 der SPD verankert.

14 Wir können es, auch im Hinblick auf die internationale Entwicklung, nicht mehr
15 akzeptieren, dass uns diese elementaren Grundrechte aufgrund von
16 Koalitionsverhandlungen und rückwärtsgewandten Ansichten eventueller
17 Koalitionspartner weiterhin vorenthalten werden.

18 Die rechtliche Einschätzung hat sogar den amerikanischen Supreme Court zur Öffnung
19 der Ehe als Grundsatzentscheidung zugunsten allgemeiner Menschenrechte bewogen.

20 Vor diesem Hintergrund ist ein erneutes Versagen dieser Rechte für uns als
21 Interessenvertretung nicht mehr akzeptabel und auch einer Partei wie der unseren als
22 emanzipatorische Kraft nicht mehr würdig.

23

1 B: Trans*Inter

2 Antrag: B 1

3 Schaffung einer Beratungsstelle Trans*Inter in der Berliner 4 Senatsverwaltung

5

6 Der Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der Berliner
7 SPD (QueerSozis/Schwusos Berlin) wird beauftragt, sich unverzüglich mit der
8 Senatsverwaltung - insbesondere der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und
9 Frauen – FB LADS –, der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft und
10 der Senatsverwaltung für Finanzen – in Verbindung zu setzen und abzustimmen, ob
11 und wie es möglich ist, eine Beratungsstelle zum Thema Trans*Inter in der Berliner
12 Senatsverwaltung einzurichten. Im Anschluss daran soll der Landesvorstand einen
13 entsprechenden Antrag für den Landesparteitag vorbereiten. Die Prüfung soll
14 möglichst bis zum Jahresende 2016 abgeschlossen sein.

15

16 Begründung:

17

18 Seit längerem beschäftigen sich die Berliner QueerSozis/Schwusos mit der Frage der
19 Einrichtung einer entsprechenden Beratungsstelle. Die dazu vorgelegten Anträge bzw.
20 Antragsentwürfe hatten bislang wenig Chancen auf Umsetzung. Ziel des Antrags ist es,
21 einen Antrag für den Landesparteitag vorzubereiten, der gute Umsetzungschancen hat.
22

1 C – Neuer Name Arbeitsgemeinschaft

2 Antrag: C 1

3 Neuer Name unserer Arbeitsgemeinschaft:

4
5 Die Bundeskonferenz der Schwusos möge beschließen

6
7 Resolution/Stellungnahme

8
9 Die Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der Berliner SPD begrüßt
10 ausdrücklich den Vorstoß des Landesverbandes der Schwusos Mecklenburg-
11 Vorpommern, der aus unserer Sicht das absolut förderungswürdige Ziel verfolgt, eine
12 breite Mehrheit für einen neuen Namen der Arbeitsgemeinschaft zu finden.

13

14 Wir waren Antragsteller des Antrags O 22 des Bundesparteitages 2015, dem sich der
15 Landesverband der SPD Berlin einstimmig angeschlossen hat und den wir auch
16 bereits sehr frühzeitig (im März 2014) dem Bundesausschuss der Schwusos mit der Bitte
17 um Diskussion zur Kenntnis gegeben haben:

18

19 *Neuer Name für unsere Arbeitsgemeinschaft*

20 *Die Bezeichnung der „Schwusos“ soll von „Arbeitsgemeinschaften Lesben und Schwule in*
21 *der SPD“ in „Arbeitsgemeinschaft queerer Sozialdemokrat_innen (QueerSozis)“ geändert*
22 *werden.*

23

24 Wir haben einer Nichtbefassung mit diesem Antrag beim Bundesparteitag 2015 gerne
25 zugestimmt, damit wir als Arbeitsgemeinschaft die Chance haben, den bei uns
26 laufenden Diskussionsprozess zu einem ordentlichen und zufriedenstellenden
27 Abschluss zu bringen. Wir geben zu, dass dies länger dauert als wir ursprünglich
28 dachten. Am Ende ist das jedoch nicht verwunderlich.

29

30 Seit vielen Jahren wird in unserer Arbeitsgemeinschaft darüber diskutiert, ob der
31 Name Schwusos unsere inhaltliche Arbeit und unsere Mitglieder hinreichend
32 repräsentiert und unsere Zielgruppen angemessen anspricht. Die Diskussion war stets
33 von Sachargumenten, aber auch von vielen Emotionen begleitet. Nie ist es gelungen,
34 einen adäquaten und mehrheitsfähigen Alternativvorschlag einer entsprechenden
35 Beschlusslage zuzuführen.

36 Gerade in der letzten Zeit ist Inklusion zu einem Leitaspekt des politischen Handelns
37 der SPD insgesamt geworden. Dem kann sich auch die Arbeitsgemeinschaft der
38 Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos) nicht entziehen. Das bedeutet, dass
39 sowohl der Hauptname als auch der Klammerzusatz geändert werden müssen. Daher
40 kann aus unserer Sicht der Begriff Schwusos auch nicht in irgendeiner Art und Weise
41 Gegenstand eines zu suchenden Kompromisses sein.

42

1
 2 Dies bedeutet nicht, dass der Begriff Schwusos oder die Arbeitsleistung der
 3 Arbeitsgemeinschaft seit ihrer Gründung im Jahre 1978 pauschal oder in einzelnen
 4 Aspekten abgewertet werden soll. Das Gegenteil ist der Fall. Die historische Leistung
 5 der „Ära Schwusos“ soll gewürdigt und in einem historischen Projekt herausgestellt
 6 werden. Dazu wollen wir in Kürze - gerne auch in Zusammenarbeit mit anderen - einen
 7 entsprechenden Antrag stellen.

8
 9 Besonders betonen möchten wir auch, dass die Schwusos in den letzten Jahren unter
 10 Führung des derzeitigen Bundesvorsitzenden, Ansgar Dittmar, bedeutende, weg- und
 11 richtungsweisende Ergebnisse erzielt hat. Hier möchten wir insbesondere drei Punkte
 12 nennen:

13

- 14 1. Die Arbeitsgemeinschaft hat zu einem einheitlichen Handeln gefunden und sich
 15 stark professionalisiert.
- 16 2. Die Arbeitsgemeinschaft hat inhaltlich programmatisch erfolgreich nach
 17 außen und nach innen gewirkt. Dies mündete nicht zuletzt auch in dem für die SPD als
 18 Volkspartei durchaus beachtlichen Beschluss zur Öffnung der Ehe.
- 19 3. Die Arbeitsgemeinschaft bzw. der vorherige Arbeitskreis haben sich in der
 20 parteiinternen Arbeit derart gefestigt, dass beim Bundesparteitag am 4. Dezember 2011
 21 der AG Status erreicht werden konnte.

22

23 Der vorliegende Antrag der Schwusos Mecklenburg-Vorpommern zeigt in die richtige
 24 Richtung. Dazu im Einzelnen:

25

- 26 1. Der Begriff Schwusos kommt in dem Namensvorschlag nicht mehr vor. Damit
 27 ist eine von uns gesetzte rote Linie eingehalten.
- 28 2. Der Begriff Sozis kommt in dem Namensvorschlag nicht mehr vor. Die
 29 Ablehnung des Begriffs Sozis scheint ein regionales Phänomen zu sein. Wir
 30 respektieren, dass dieser Begriff an vielen Stellen so sehr als Verniedlichung,
 31 Verunglimpfung oder Schimpfwort empfunden wird, dass er als Bestandteil des
 32 Namens unserer Arbeitsgemeinschaft, der bundesweit einheitlich sein und auch
 33 verwendet werden sollte, nicht akzeptiert werden kann.
- 34 3. Der Begriff queer kommt nur im Kurznamen, jedoch nicht in dem langen
 35 Namen vor. Dieses ist aus unserer Sicht nicht nur ein guter Kompromissvorschlag,
 36 sondern könnte letztlich der bessere Vorschlag sein. Denn damit ist der Kurzname
 37 mitglieder- und zielgruppenbezogen, während der Langname arbeitsinhalts- und
 38 verhaltensbezogen ist.
- 39 4. Der Begriff Queer wird in dem Antrag definiert. Der Charme des Begriffs queer
 40 liegt eigentlich darin, dass gerade eben nicht besonders definiert ist, was dem
 41 zuzuordnen ist. Wir verstehen jedoch das Bedürfnis einer gewissen Definition. Unter
 42 juristischen Aspekten kann man eine Definition durch Nennung von Negativaspekten
 43 „nicht schön finden“. Für uns ist es jedoch wichtig, dass unsere Arbeitsgemeinschaft
 44 offen ist und für zukünftige Entwicklungen gewappnet ist. Nicht wieder finden soll
 45 sich bei uns lediglich, was strafrechtliche Relevanz besitzt oder was unangemessen
 46 gegen die Grundrechte anderer verstößt. Dazu möchten wir einen entsprechenden
 47 Änderungsantrag stellen (siehe unten).

48

1 Alles Vorstehende vorausgeschickt begrüßen wir nochmals den Vorstoß des
2 Landesverbandes der Schwusos Mecklenburg-Vorpommern.

3

4 Die Berliner Schwusos sind bestrebt, an der Findung eines Kompromisses
5 mitzuwirken und damit bereit, von ihrer ursprünglichen Beschlusslage abzuweichen,
6 wenn es entsprechende Signale aus den anderen Landesverbänden dazu gibt. Für den
7 Fall, dass der Antrag aus Mecklenburg-Vorpommern bei der Bundeskonferenz zur
8 Abstimmung kommt, stellen wir dazu folgenden Änderungsantrag:

9

1 Teil II: Änderungsantrag

2

3

Änderungsantrag:

4

5 1. Unter Punkt 2 in Zeile 1 wird das Wort „seine“ durch „ihre“ ersetzt.

6 2. Unter Punkt 2 in Zeile 3 wird hinter dem Wort „pansexuelle“ eingefügt „,
7 polyamore, asexuelle und weitere sich der queeren Community zugehörig
8 fühlende Menschen. Ausgeschlossen ist, was die Grundrechte anderer
9 unzulässig einschränkt.“

10 3. Unter Punkt 3 Unterpunkt j) sowie bei den Spiegelstrichen 2 und 3 wird
11 jeweils hinter dem Wort „pansexuellen“ eingefügt „,
12 polyamoren, asexuellen und weiteren sich der queeren Community zugehörig
13 fühlenden Menschen“.

14 4. Unter Punkt 3 wird beim Spiegelstrich 5 hinter dem Wort „Transgender“
15 eingefügt „und gegebenenfalls weiteren Interessensverbänden“.

16

17

18 C 1.1 Liebe Delegierte,

19

20 nachfolgend ist (nachrichtlich) der Ursprungsantrag zur Namensänderung der
21 Schwuos Mecklenburg-Vorpommern abgedruckt. Die durch den Änderungsantrag C 1
22 vorgesehenen Änderungen sind im Änderungsmodus ersichtlich:

Antrag zur Namensänderung

~~Zur Weiterleitung an die Schwuso-Bundeskonferenz~~

~~Die Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwulen in der SPD Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:~~

~~= Der Landesverband der Schwuos Mecklenburg-Vorpommern lehnt den Namensbegriff "Queersozis" ab. =~~

1. Der Parteivorstand der SPD wird aufgefordert, die "Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwulen in der SPD (Schwuos)" umzubenennen in "SPDqueer - Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung".
2. Die AG Schwuos definiert den Begriff "queer" für ~~seiner~~ ihre Arbeit wie folgt: Der Begriff "queer" umfasst lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intersexuelle, transidente, pansexuelle, polyamore, und asexuelle und weitere sich der queeren Community zugehörig fühlende Menschen. Ausgeschlossen ist, was gegenwärtig strafrechtliche Relevanz besitzt oder die Grundrechte anderer unzulässig einschränkt.
3. Die AG Schwuos fordert daher den Parteivorstand auf, den Beschluss über die Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD vom 26.03.2012 in Ziffer I. 2 j. wie folgt zu ändern:

- j) SPDqueer - Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung. Der SPDqueer - Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung gehören alle Mitglieder an, die sich aktiv für die Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intersexuellen, transidenten, pansexuellen, polyamoren, und asexuellen und weitere sich der queeren Community zugehörig fühlende Menschen einsetzen.

Aufgaben der SPDqueer - Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung sind:

- ~~☒~~ *Dafür zu arbeiten, dass die Akzeptanz zwischen hetero- und nicht heteronormativen Menschen zur gesellschaftlichen Normalität und Selbstverständlichkeit wird.*
- ~~☒~~ *Dafür zu arbeiten, dass Vorurteile, Diskreditierungen und Diskriminierungen gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intersexuellen, transidenten, pansexuellen, polyamoren, und asexuellen und weiteren sich der queeren Community zugehörig fühlenden Menschen überwunden werden.*
- ~~☒~~ *Darauf einzuwirken, dass die Interessen der lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intersexuellen, transidenten, pansexuellen, polyamoren, und asexuellen und weiteren der queeren Community zugehörigen Menschen im Prozess der Willensbildung politisch und personell Rechnung getragen wird.*
- ~~☒~~ *Für den Dialog mit gesellschaftlichen Verbänden und der deutschen, europäischen und internationalen Gleichstellungsbewegung zu sorgen.*
- ~~☒~~ *Die Repräsentanz der SPD in zivilgesellschaftlichen Interessensvertretungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender und gegebenenfalls weiteren Interessensverbänden zu fördern.*

Begründung:

Ein Beschluss der Bundeskonferenz hinsichtlich der Änderung der Richtlinien und Grundsätze der Arbeitsgemeinschaften ist für den Parteivorstand nicht bindend. Ein solcher Beschluss wird daher nur dann eine Wirkung haben können, wenn wir auf dem nächsten Parteitag die Mehrheit der Delegierten von diesem Beschluss überzeugen können. Dies setzt jedoch voraus, dass, wie bei der Gründung der Arbeitsgemeinschaft, sämtliche bzw. sehr viele Schwuso-Landesverbände ihren Delegierten diesen Beschluss ans Herz legen können. Dies wird jedoch nur dann erfolgen, wenn der neue Name von vielen Landesverbänden getragen wird und eine überzeugende Mehrheit auf der Bundeskonferenz erhält. Dafür ist es wichtig, dass der Vorschlag und der Name in den Bundesverband getragen wird.

Vor diesem Hintergrund möchten wir Schwusos Mecklenburg-Vorpommern als der ausrichtende Landesverband der Bundeskonferenz 2016 für einen Namen werben, der inklusiv ist, aber auch unsere Ziele umschreibt und somit den einzelnen AG-Mitgliedern den Raum gibt, unabhängig von ihrem Verhältnis zum Begriff queer, sich in der Arbeitsgemeinschaft wieder zu finden.

Der Begriff queer ist zum Teil geprägt durch eine radikale Offenheit, die es neuen entstehenden Gruppen ermöglichen soll, inkludiert zu werden. Für die politische Arbeit innerhalb wie außerhalb der SPD ist es daher notwendig, diesen Begriff für uns zum derzeitigen Stand zu definieren. Nach unserem Verständnis umfasst der Begriff queer derzeit lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intersexuelle, transidente, pansexuelle, polyamore, und asexuelle Menschen. Diese und weitere sich der queeren Community zugehörig fühlende Menschen wollen wir als Arbeitsgemeinschaft vertreten. Ausgeschlossen soll nur sein, was strafrechtliche Relevanz besitzt oder die Grundrechte anderer unzulässig einschränkt. Dabei werben wir für Toleranz Akzeptanz und VielfaltGleichstellung, so dass diese Begriffe im Namen unserer Arbeitsgemeinschaft unsere Ziele und Tätigkeiten bildlich darstellen.

1 **Antrag: C 2**

2 **Würdigung der historischen Arbeit der Schwusos**

3

4 Der Landesparteitag der Berliner SPD möge beschließen:

5 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

6 Die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD
7 (Schwusos) möge beschließen:

8

9 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird gebeten, ein Projekt zur historischen
10 Bedeutung und Würdigung der Leistungen der Schwusos aufzusetzen. Hiermit soll die
11 historische Kommission der SPD in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand der
12 Schwusos befasst werden. Auch das Verhältnis und der Umgang der Partei mit queer-
13 politischen Themen in der Vergangenheit insgesamt soll Gegenstand der Betrachtung
14 sein.

15

16 Als Arbeitsgrundlagen sollen unter anderem herangezogen werden:

- 17 - die in den Archiven der SPD und der FES vorhandenen Materialien
- 18 - die bei den Berliner QueerSozis/Schwusos vorhandene Arbeitsmaterialien
- 19 - die Materialien der von den Schwusos NRW organisierten Wanderausstellung
20 zum § 175 StGB
- 21 - relevante Dissertationen und Diplomarbeiten (z. B. Wilfried Eissler
22 [Arbeiterparteien und Homosexuellenfrage])

23

24 Im Zuge des Projekts soll darauf hingewirkt werden, dass der zur AG Lesben und
25 Schwule in der SPD vorhandene, veraltete und teilweise fehlerhafte Wikipedia-Eintrag
26 aktualisiert wird.

27

28 **Begründung:**

29

30 Im Rahmen der intensiv und emotional geführten Diskussion um die Namensgebung
31 der Arbeitsgemeinschaft ist der Wunsch aufgekommen, die historische Bedeutung der
32 Gründung und der Arbeit der Schwusos seit 1978 zu würdigen. Gerade eine im Lichte
33 der sozialen Inklusion notwendige Veränderung des Namens ist Anlass, dieses Projekt
34 jetzt durchzuführen.

35

1 **D - Stadt/Kultur**

2 **Antrag: D 1**

3 **Ampelpärchen**

4

5 Die Landesdelegiertenkonferenz der QueerSozis/Schwusos hat beschlossen:

6

7 Das Land Berlin möge nach dem Vorbild der Städte Wien und München ebenfalls die so
8 benannten „Queeren Ampelpärchen“ im öffentlichen Raum installieren.

9

10 Die Kosten hierfür sind relativ gering, die Außenwirkung aber umso größer und einer
11 „Rainbow City“ würdig.

12

1 **Antrag: D 2**

2 **Haus der Queeren Archive und Museen**

3

4 **Änderungsantrag zum Wahlprogramm 2016 – 2021**

5

6 **Bereich Kultur**

7

8 **Haus der queeren Archive und Museen**

9

10 Wir wollen in der Mitte unserer Stadt ein Haus der queeren Archive und Museen er-
11 möglichen. Ein Haus in der Tradition der von den Nationalsozialisten vertriebenen
12 Sexualwissenschaftler Magnus Hirschfeld und Johanna Elberskirchen. Ein Haus der
13 Erinnerung, der Forschung und der Bildung, sichtbar und für jedes Publikum prominent.
14 Wir unterstützen die Initiative der in der Initiative Queer Nations zusammenwirkenden
15 schwulen und lesbischen Archive und des Schwulen Museums*. 2019 jährt sich die
16 Gründung des Instituts für Sexualwissenschaft - das 1933 mit der
17 Nazimachtübernahme zerstört wurde- zum 100. Mal. Berlin soll diesen Geburtstag
18 würdig und mit weltweiter Ausstrahlung feiern.

19

1 E - Bundespolitik

2 Antrag: E1

3 Keine Ausweitung von sicheren „Herkunftsstaaten“ – Maghreb 4 Staaten sind für LSBTTIQ*-Personen alles andere als sicher!

5

6 Der Landesparteitag der Berliner SPD möge beschließen:
7 Die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD
8 (Schwusos) möge beschließen:
9 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

10

11 *Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundesrates und die sozialdemokratischen*
12 *Mitglieder des Bundestages werden aufgefordert, gegen die Ernennung von Marokko,*
13 *Tunesien und Algerien als „sichere Herkunftsstaaten“ zu stimmen.*

14

15 Begründung:

16

17 Die Regierungen der sog. Maghreb Staaten (Marokko, Tunesien und Algerien)
18 gehen in den jeweiligen Ländern mit aller Härte des Gesetzes gegen Menschen,
19 die der LSBTTIQ*-Szene angehören und / oder ihnen zugeordnet werden, vor.

20

21 Rechtliche Lage von LSBTTIQ*-Personen in Marokko:
22 Artikel 489 des dortigen Strafgesetzbuches besagt, dass homosexuelle Handlungen
23 illegal sind und mit einer Haftstrafe von bis zu 3 Jahren geahndet werden können.
24 Des Weiteren sieht das Gesetz vor, dass „Straftäter*innen“ eine Geldstrafe von 120 –
25 1200 Dirham (30€ bis 293€) zu zahlen haben.

26

27 Rechtliche Lage von LSBTTIQ*-Personen in Tunesien:
28 Artikel 230 des tunesischen Strafgesetzbuches sieht vor, dass gleichgeschlechtliche
29 Sexualität mit bis zu 3 Jahren zu bestrafen ist.

30

31 Rechtliche Lage von LSBTTIQ*-Personen in Algerien:
32 Artikel 333 im Verbund mit Artikel 338 des algerischen Strafgesetzbuches legen die
33 Strafen für homosexuelle Handlungen fest. Die beiden Artikel besagen, dass
34 Menschen die den gleichgeschlechtlichen Akt vollziehen mit einer Freiheitsstrafe von
35 bis zu 3 Jahren und einer Geldstrafe von bis zu 10.000 Dinar (85€) bestraft werden.

36

37 Hinzukommt, dass diese Menschen massiv durch die Gesellschaft für ihre Liebe
38 diskriminiert werden. Es beginnt bei der Ächtung von LSBTTIQ-Angehörigen und geht
39 weiter bis zu öffentlichen Aufrufen zum Begehen von Straftaten gegen LSBTTIQ-
40 Angehörige. Man sieht, dass in diesen drei Ländern, Menschen für die Tatsache, dass

- 1 sie lieben, sowohl durch den Staatsapparat kriminalisiert und deren drakonischer
- 2 Strafen diskriminiert als auch durch die Gesellschaft geächtet werden.
- 3
- 4 Für LSBTTIQ-Personen besteht in diesen 3 Ländern keine Möglichkeit sich auf
- 5 Antidiskriminierungsgesetze, die LSBTTIQ*-Personen schützen, zu berufen. Ihre z.B. im
- 6 Ausland geschlossenen Ehen oder eingetragenen Lebenspartner*innenschaften
- 7 haben keine Chancen auf Anerkennung.
- 8
- 9 Als Sozialdemokrat*innen und Schwusos sind wir verpflichtet unsere Solidarität mit
- 10 den Freund*innen der LSBTTIQ*-Szene weltweit zu zeigen.
- 11